

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 17. September 1919, Nr. 373.

Ein abgelehntes Grabmal. In einer der letzten Sitzungen des Stadtrates referierte StR. Breitner über den Entwurf, der für das Ehrengrab des Professors Schauta vorgelegt worden war und stellte den Antrag, entgegen dem Vorschlage des Magistrates, die Zustimmung zur Aufstellung nicht zu geben. Der Referent führte aus, dass das vorgelegte Projekt, welches von einer Grabsteinhandlung herrühre, jene hässliche Schablone zeige - ein Obelisk aus Felsgestein mit einer Opferflamme - wie sie zu vielen Tausenden an Zentralfriedhöfen zu sehen sei. Wenn es die Gemeinde auch leider nicht in der Hand habe, ohneweiters das allgemeine Niveau der Friedhofkunst zu heben, so müsse sie doch zumindest bei den Ehrengräbern darauf achten, dass nur künstlerisch wertvolle Grabmäler zur Aufstellung gelangen. Dazu komme noch, dass die erdrückende Mehrzahl der Wiener Bildhauer, infolge jahrelangen Stokens jeglicher Bau-tätigkeit in schwerer Notlage sich befindet. Nach kurzer Debatte, wurde einstimmig beschlossen, mit der Familie des Professors Schauta im Sinne des Referentenantrages in Fühlung zu treten und künftig bei Ehrengräbern nur solche Denkmäler zu zulassen, deren Entwurf von Künstlerhand herrührt.

Abgabe von Kipflerkartoffel. Freitag bis Montag werden im 18. Bezirke  $\frac{1}{2}$  kg Kipflerkartoffel pro Kopf zum Preise von K 3.84 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „N“ der Kartoffelkarte abgegeben.

„Gewürbe“ Lebensmittelabgabestelle. Ab Donnerstag, den 18. September Verkauf von Kunsthonig an alle Bezugsberechtigten pro Buch 1 kg zum Preise von K 5.20. Ferner die laufenden Artikel: Mohn, Salz, Sardellensenf, Marmelade, verschiedene Liköre, Medizinal Kognak, Rum, Miha (Zitronenersatz), Mineralwasser, Senf, Kaffee-Ersätze, Gewürze, Basig und Backpulver. Textilartikel: Ohifon, Schürzen, Knabenanzüge aus Zellblattstoff. Kohlenabteilung: Kohlenrayonierungen werden bis Ende September entgegengenommen.

Ankauf einer Liegehalle. Ueber Antrag des StR. Dr. Grün hat der Stadtrat beschlossen die Liegehalle in der Lungenheilstätte im XIII. Bezirk käuflich zu erwerben.

Eine städtische Mietheimstätte. StR. Dr. Alma Seitz beantragte im Stadtrate in dem durch Vermächtnis in das Eigentum der Gemeinde übergangenen Hauses Felsgasse 5 eine städtische Mietheimstätte für Invalide einzurichten. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Lehrerkinder in die Schweiz. Anmeldungen von katholischen und evangelischen Kindern städtischer Lehrer zu einem mehrwöchigen Aufenthalte in Zürich werden in der Kanzlei des Lehrerhausvereines, VIII., Zeltgasse Nr. 12, bis spätestens 21. ds. M. vormittags entgegengenommen. Tauscheine sind mitzubringen.

Pensionierungen. Der Stadtrat hat dem Ansuchen des Direktor Stellvertreters der städtischen Gaswerke Emil Krist, des Steueramts-Vizeleiters Max Dätzel, und des Magistratssekretärs Heinrich Müller um Versetzung in den dauernden Ruhestand Folge gegeben. In Würdigung vorzüglicher Dienstleistung wurde dem Direktor Stellvertreter Krist, dem Steueramts-Vizelektor Dätzel die Anerkennung und dem Magistratssekretärs Müller den Titel Magistratsrat verliehen.

Titelverleihungen. Der Stadtrat beschloss den neubestellten Leitern von Abteilung der Stadtbuchhaltung, den Rechnungsoberrevidenten Oskar Tilsch, Rudolf Winkler, Karl Bruckmayer und Franz Müller den Titel Rechnungsrat zu verleihen.

Die Rückgabe der städtischen Schulen aus der militärischen Verwendung. Im Stadtrate brachte StR. Siegl einen Bericht des Stadtbauamtes über die Rückgabe und die Wiederherstellungsarbeiten der in militärischer Verwendung gestandenen städtischen Schulgebäude zu Kenntnis. Von den in den Wiener Gemeindebezirken bestehenden 560 Volks- und Bürgerschulen wurden von der Heeresverwaltung während des Krieges 278 in Anspruch genommen. Bis Mitte des Monats wurden 262 Schulen zurückgegeben, so dass noch 13 Schulen in militärischer Benützung stehen, während bei zwei Schulen die Rückgabe in Durchführung ist. Schon im Jahre 1918 konnte ein grosser Teil der rückgegebenen Schulen Schulzwecken zugeführt werden. Im Laufe des heurigen Jahres wurden 52 Schulen vollständig instandgesetzt, so dass sie mit Beginn des Schuljahres ihre eigentlichen Zwecke zugeführt werden konnten. Trotz aller Bemühungen war es nicht möglich, 39 rückübernommene Schulen bis zum Schulbeginn Benützungsfähig zu machen, wenn auch bei den meisten dies bis Ende Oktober möglich sein wird. Die Durchführung der Wiederinstandsetzungsarbeiten war infolge der herrschenden Verhältnisse und des meist nicht zu behebenden Mangels an Arbeitern und Baustoffen, sowie durch die Steigerung der Arbeitslöhne und der Preise der Materialien sehr gehindert. Dabei muss auch in Betracht gezogen werden, dass die von der Heeresverwaltung rückgestellten Schulen in einem äusserst verwahrlosten Zustande waren und ihre Wiederinstandsetzung sehr umfangreiche Arbeiten erforderte. Nichtsdestoweniger wurden alle Bemühungen gemacht, um die Schulgebäude ihrem eigentlichen Zwecke zuzuführen, die in der weitaus grösseren Anzahl der Fälle auch von Erfolg waren.

An den Bericht knüpfte sich eine längere Debatte. Frau StR. Seidl ersucht dahin zu wirken, dass die Schule in der Castelliggasse ehebaldest geräumt werde. Es seien darin - wie man ihr berichtete - 41 Invalide untergebracht, die man ihres Erachtens auch anderswo bequartieren und pflegen könne. StR. Josef Müller würde Gewicht darauf legen, dass die Schulen in der Ruckergasse 40 und 42 baldigst geräumt werden. Für die Kranken, die jetzt in diesen Schulen untergebracht sind, stünden in allernächster Nähe zwei viel geeignetere Objekte zur Verfügung. Das sei die Trainkaserno oder das Kriegsspital Nr. 4. StR. Rummelhardt bat den Bürgermeister bei der Heeresverwaltung vorstellig zu werden, dass die noch vom Militär belegten Schulen so rasch als möglich geräumt werden. In den Kasernen sei für die Volkwehr zweifellos genügend Platz vorhanden.

StR. Speiser: Alle Bestrebungen, dass die Schulen vom Militär geräumt werden finden selbstverständlich unsere vollste Unterstützung. Was das Nichtfertigwerden der bereits geräumten Schulen betrifft, so habe ich selbst den ganzen Monat August hindurch beim Stadtbauamte die Arbeiten urgirt, allein die Verhältnisse, die im Baugewerbe herrschen, machten die rechtzeitige Fertigstellung unmöglich.

Bürgermeister Reumann betonte gleichfalls, das bezüglich der Räumung der Schulen von Seite der Gemeindeverwaltung fortwährend Urgenzen an die Heeresverwaltung gegangen seien.

Der Bericht wurde schliesslich zu Kenntnis genommen.

Die Strassenbahnfreikarten. BGM. Reumann berichtete in der heutigen Stadtratssitzung über eine Besprechung der Verkehrsausschüsse des Wiener Kreisarbeiterrates, in welcher gegen das Ueberhandnehmen des Freikartenwesens bei der Strassenbahn und gegen den Missbrauch, der mit „Schwarzen Kreuzfahrtscheinen“ getrieben wird, Stellung genommen wurde. Der Bürgermeister brachte in dieser Angelegenheit einen Bericht der Strassenbahndirektion zur Kenntnis, in dem es u. a. heisst:

Bis Ende August l. J. wurden folgende Fahrpreisbegünstigungen an betriebsfremde Personen (ausschliesslich Freikarten für Gemeinde- und Bezirksräte) auf Grund von Stadtratsbeschlüssen zugestanden: 24.500 Freikarten für Polizei, Feuerwehr, Kriegsinvaliden, sonstige krüppelhafte Personen, Wohltätigkeitsinstitute, Journalisten, Schüler und Lehrlinge, 1.500 Anweisungen zur Lösung von Kinderfahrtscheinen für Wohlfahrtsinstitute und Waisenhauszöglinge, 3.700 Anweisungen für Kriegsinvaliden und 7000 Anweisungen für Volkwehrräumer.

Zweifelloserweise werden durch diese Leistungen des Unternehmens geldlich namhaft geschädigt. Die Mindereinnahme d. h. Verfallstentgang auf Grund dieser Fahrpreisbegünstigungen muss für das zweite Halbjahr 1919 mit rund 10 Millionen Kronen veranschlagt werden. Dabei wurde für die Berechnung dieser Summe nur eine durchschnittlich dreimal tägliche Fahrt der Begünstigten angenommen. Von Seiten der Strassenbahndirektion wird, soweit die bestehenden Stadtratsbeschlüsse Anlass oder Stütze bieten, fortgesetzt daran gearbeitet, die Begünstigungen auf ein erträgliches Mass zurückzuführen. Verschiedene besonders ausschlaggebende Aktionen, wie die Frei- und Ermässigungskarten für Kriegsbeschädigte sind aber noch nicht abgeschlossen. Desgleichen wurde mittlerweile den Mannschaften des Gendarmenriedetachements für den verschärften Sicherungsdienst auf den Wiener Bahnhöfen die gleiche Begünstigung wie den Volkwehrräumer eingekauft, das sind ungefähr wieder 4000 Mann Kosten. In letzter Zeit haben sich die einzelnen Vertrauensgängerorganisationen, wie die Interessenvertreter der Sicherheitswache, Provisionierungsausschüsse der Arbeiterräte, die Soldatenräte von Wien und andere mehr an uns mit dem Ansuchen um Freikarten gewendet. Wir haben den mit einem Stadtratsbeschluss vom 2. Juli ds. J. festgelegten Grundsatz zum Anlass genommen, diese Ansuchen abzulehnen oder einen ablehnenden Antrag gestellt aber nicht immer mit Erfolg. Die in Kriege geschaffenen „Schwarzen Kreuzfahrtscheine“ waren uns von jeher unsympathisch, und zwar deshalb, weil die Hintanhaltung von Missbräuchen ausserordentlich schwer, um nicht zu sagen, unmöglich ist.

Ausgegeben wurden seit Jahresbeginn 893.000 Stück schwarze Kreuzfahrtscheine. Nach Abschluss der Freikartenaktion in der jetzigen Ausdehnung dürfte die Gesamtsumme des rechnungsmässigen Einnahmenverlustes für ein Verwaltungsjahr mit rund 22 Millionen Kronen in Rechnung zu stellen sein. Bürgermeister Reumann beantragte, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Direktion zu beauftragen, ehestens über den Umfang des Freikartenwesens zu berichten und Massnahmen vorzuschlagen, durch die einerseits schwere Schädigungen des Unternehmens verhindert, andererseits aber berechtigten Ansuchen Rechnung getragen wird. An den Bericht schloss sich eine Wechselrede, in der StR. Dr. Kienböck es merkwürdig fand, dass die Arbeiterräte auf der einen Seite um Fahrpreisbegünstigungen ansuchen und auf der anderen Seite gegen das Freikartenwesen Stellung nehmen. Er müsse auch die Haltung der Strassenbahndirektion verurteilen, die sich erst durch einen Beschluss des Kreisarbeiterrates veranlasst gesehen habe, über eine das Unternehmen so schwer schädigende Einrichtung wie das Freikartenwesen zu berichten.

StR. Weigl sagt zur Aufklärung für die Stellungnahme der Arbeiterräte, dass diese vor einiger Zeit um Begünstigungen auf den Strassenbahnen angesucht haben, dass das Ansuchen aber gemäss der in der letzten Zeit geübten Gepflogenheit wie alle anderen Ansuchen abgelehnt wurde. Die Abweisung veranlasste eine Beratung des Verkehrsausschusses des Kreisarbeiterrates in dieser Angelegenheit, der auch Vertreter der Strassenbahnerorganisation beigezogen war. Diese brachten in dieser Besprechung die Missstände im Freikartenwesen vor, was dann die Ursache zu der erwähnten Stellungnahme des Ausschusses wurde. Stadträtlichen Redner beantragte hierauf die Einsetzung eines Komitees, welches sich mit der Freikartenfrage der Strassenbahn zu befassen haben soll und dem Stadtrate entsprechende Anträge vorlegen wird.

StR. Täubler erklärte sich mit dem Vorschlage der Wahl eines Komitees einverstanden und wünschte, dass das Komitee zu dem Beschluss gelange, sämtliche Begünstigungen für Strassenbahnfahrten ohne Ausnahme einzustellen. Diejenigen Fürsorgeanstalten, welche durch eine solche Massnahme schwer geschädigt würden, sollen von der Gemeinde Wien eine entsprechende Subvention erhalten.

Der Antrag des Bürgermeisters, sowie der Antrag des StR. Weigl wurden einstimmig angenommen und in das genannte Komitee die StR. Haider, Täubler und Weigl gewählt.